

Niederschrift

über die 14. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (7. Wahlperiode)
am **29.09.2020**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Suhrbier

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|---------------------|--------------------------|
| 1. Jürgen Michalski | e (stellv. Frau Drahota) |
| 2. Andreas Hennig | X |
| 3. Kai Deutschmann | X |

sachkundige Einwohner:

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Barbara Ohrmann | X |
| 5. Reinhard Suhrbier | X |

Gäste:

Herr Behrens - Amtsltr. Finanzen

**Niederschrift der 14. Sitzung des Finanzausschusses vom 29.09.2020
- öffentlicher Teil –**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Tagungsort: Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Str. 7
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Zu 1.

Herr Suhrbier eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Michalski fehlt entschuldigt, Frau Drahotka ist an seiner Stelle anwesend.

Zu 2.

Der Punkt 3 wird gestrichen, es handelt sich um einen Schreibfehler. Das Protokoll vom 18.08.2020 ist bereits am 22.09.2020 bestätigt worden.
Die geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Beratung und Beschlussempfehlung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung zum Haushaltsplan 2020 der Gemeinde Ostseebad Binz
5. 1. Lesung und Beratung des Haushaltsplanes 2021 der Gemeinde Ostseebad Binz

Nicht öffentlicher Teil:

6. Sonstiges

Zu 3.

Keine Anfragen

Zu 4.

Herr Behrens erläutert einleitend:

Wesentlicher Punkt, warum in der vergangenen Sitzung nicht bereits die Beschlussempfehlung gegeben wurde, war die Unsicherheit zum Verkauf der Turnhalle 1 bzw. wie die Gemeindevertretung am 24.09.2020 entscheiden würde. 2,25 Mio. Euro waren im Nachtrag als Einnahme angesetzt, beschlossen wurden durch die Gemeindevertretung nun 2,5 Mio. Euro, die vom Investor zu fordern sind, so dass kein Verhandlungsspielraum besteht. Da die Beschlussvorlage bereits bestand, konnte sie nicht geändert werden – der Finanzausschuss könnte nun die Empfehlung geben, bei den 2,25 Mio. Euro zu bleiben oder die 225.000 Euro nachzutragen. Der Haushaltsausgleich wäre auch ohne die 225.000 Euro erreicht. Es handelt sich um einen genehmigungspflichtigen Haushalt, da eine Kreditaufnahme enthalten ist.

Frau Drahota: Die Gemeindevertretung hat beschlossen: Verkauf für 2,5 Mio. Euro oder gar nicht. Die Summe steht im Nachtrag als Einnahme.

Lt. Herrn Behrens stehen 2,25 Mio. Euro als Einnahme derzeit im Nachtrag. Diese sind auch unbedingt erforderlich, um den Haushaltsausgleich zu erreichen. Herr Behrens verlässt sich auf die Aussage des Bauamtes bzw. von Frau Guruz, dass der Bieter im Ausschreibungsverfahren 2,5 Mio. Euro geboten hat. Er ist verpflichtet, dieses Gebot einzuhalten.

Frau Drahota merkt an, dass dies nicht so sei.

Wenn der Bieter zurücktritt und nicht zahlt, dann müssen wir kürzen und einen neuen Nachtrag erstellen, so Herr Behrens.

Frau Guruz hat in der letzten Woche gesagt, sie sei sich völlig sicher, dass die 2,5 Mio. Euro kommen, so Frau Ohrmann.

Herr Hennig äußert Zweifel. Er würde die 2,5 Mio. Euro aus dem Haushalt streichen.

Frau Drahota wird heute keine Entscheidung treffen. Zur nächsten Gemeindevertretersitzung sollen Tatsachen offengelegt werden, wie sich der Bieter verhalten wird. Frau Guruz hat eine Aussage getroffen, die sie definitiv noch nicht treffen kann, weil wir in der Gemeindevertretung gesagt haben, wir bleiben bei den 2,5 Mio. Euro. Frau Guruz wurde nun beauftragt, sich mit dem Bieter in Verbindung zu setzen, ihm den Beschluss zu übermitteln und in der nächsten Gemeindevertretersitzung erst zu berichten.

Herr Hennig meint, dass im günstigsten Fall vielleicht Ende Oktober ein Notartermin stattfinden könnte, falls der Bieter die 2,5 Mio. Euro zusichern sollte. Der Kaufpreis fließt aber erst, wenn die Auflassungsvormerkung eingetragen ist. D. h. zwischen der notariellen Beurkundung Ende Oktober und der Grundbucheintragung der Auflassungsvormerkung vergehen einige Wochen. Herr Hennig glaubt nicht daran, dass selbst bei optimistischer Betrachtung, noch in diesem Jahr eine Auflassungsvormerkung eingetragen wird – also wird das Geld real niemals bis zum 31.12.2020 auf das Konto der Gemeindeverwaltung fließen.

Frau Drahota gibt weiterhin zu bedenken, dass noch nicht einmal ein Kaufvertrag existiert.

Herr Suhrbier sieht das wie Herr Hennig und bittet um Abstimmung.

Der Finanzausschuss stimmt der Beschlussfassung zur 1. Nachtragshaushalts-satzung zum Haushaltsplan 2020 der Gemeinde Ostseebad Binz nicht zu.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Herr Behrens äußert abschließend, dass der Nachtrag nun in den übrigen Ausschüssen, im Hauptausschuss und in der Gemeindevertretung diskutiert wird. Bis zur Sitzung der Gemeindevertretung wissen wir bereits mehr und diese kann dann die Entscheidung treffen. Als Aufgabe für den Finanzausschuss bzw. die Gemeindevertreter steht nun, welche Ausgabepositionen gestrichen werden sollen, um den Wegfall der 2,5 Mio. Euro zu kompensieren.

Herr Suhrbier stellt die Frage nach der Waldfläche in Prora (250.000 Euro), die in den Nachtrag aufgenommen werden sollte, sie ist nicht enthalten.

Das Parkhaus MZO-Gelände stand am 18.08.2020 noch mit 3,7 Mio. Euro drin, nun sind wir bei 3,5 Mio. Euro. Das Löschfahrzeug war ursprünglich mit 350.000 Euro enthalten, im Nachtrag kostet es 404.000 Euro.

Das Löschfahrzeug ist im Zuge der Ausschreibung teurer geworden, so Herr Behrens. 350.000 Euro waren ein geschätzter Wert. Bei der Ausschreibung gab es nur einen Bieter, der es für 404.000 Euro angeboten hat. Für das alte Fahrzeug haben wir 50.000 Euro als Einnahme im kommenden Jahr veranschlagt.

Das Parkhaus stand in der ursprünglichen Version für 3,7 Mio. Euro, wir denken aber, dass wir es nach Überarbeitung von Frau Guruz günstiger bekommen (3,2 Mio. Euro, fremdfinanziert, Einplanung von Fördermitteln). Um einen vernünftigen Kredit vom Landkreis genehmigt zu bekommen, sind wir mit 3,2 Mio. Euro herangegangen.

Herr Suhrbier weist darauf hin, dass man am 28.04.2020 von 1,5 Mio. Euro für das Parkhaus sprach, damals ging es um ein Baukastensystem. Ist dies nicht mehr aktuell?

Wir haben gleich mit 3 Etagen und 325 Plätzen geplant, so Herr Behrens. Der Bedarf ist da.

Frau Ohrmann spricht die derzeit günstigen Kredite an.

Herr Behrens: Die Waldfläche ist für nächstes Jahr eingeplant mit 150.000 Euro.

Zu 5.

Herr Behrens bittet um Klarstellung, wie die Aussage im letzten Finanzausschuss gemeint war: Soll der **Mitarbeiter** Medien-/Öffentlichkeitsarbeit nicht weiterbeschäftigt werden oder soll die **Stelle** SB Medien-/Öffentlichkeitsarbeit aus dem Stellenplan gestrichen werden? Stellenplan S. 2 lfd. Nr. 3

Die Finanzausschussmitglieder sind sich nicht ganz sicher, wie das gemeint war, Frau Drahotová wird es erfragen und Herrn Behrens kurzfristig informieren.

Herr Hennig stellt klar, dass es lediglich die Aufgabe des Finanzausschusses ist, die Kosten für die Person einzuplanen, über den 31.07.2021 hinaus – ob das die Person macht, die derzeit auf dieser Position sitzt oder eine andere Person, ist nicht die Aufgabe des Finanzausschusses.

Bezüglich der anderen beiden Stellen ist die Meinung hier offensichtlich so, dass keine neuen Mitarbeiter benötigt werden, dass die Arbeit anders aufgeteilt wird.

Frau Ohrmann teilt die Meinung nicht, dass die beiden Stellen (SB Grünplanung und SB Personalwesen) nicht benötigt werden.

Herr Suhrbier erläutert für Herrn Hennig, dass im Jahr 2019 die beiden zusätzlichen Stellen aus Kostengründen nicht bewilligt wurden. Seinerzeit entschied man sich, eine Organisationsanalyse in der Verwaltung durchzuführen, die nun für das nächste Jahr geplant ist. Diesem Ergebnis werden wir uns dann nicht verschließen können. Dies ist ein realer Weg, den Streit um die Stellen zu beenden. Die Stellenuntersuchung kostet ca. 61.000 Euro, eingeplant im Haushalt 2021.

Frau Ohrmann hält das für Schwachsinn, für diese Summe könnte man jemanden einstellen!

Herr Suhrbier widerspricht und weist darauf hin, dass man langfristig denken muss.

Solch eine Untersuchung findet Frau Ohrmann trotzdem unnötig, es ändert sich doch ständig etwas.

Herr Hennig würde die 61.000 Euro einsparen und dafür lieber eine von den beiden abgelehnten Stellen besetzen.

Herr Behrens äußert, dass die Organisationsüberprüfung lt. Beschluss der Gemeindevertretung durchgeführt werden soll.

Frau Drahota ruft Herrn Michalski an. Dieser bestätigt, dass lt. Aussage im letzten Finanzausschuss am 22.09.2020 eindeutig **die Stelle** SB Medien-/Öffentlichkeitsarbeit aus dem Stellenplan gestrichen werden soll.

Herr Deutschmann kommt noch einmal auf die Reinigungskräfte zu sprechen – hier war man sich einig, diese Stellen noch einmal zu befristen. Die anderen drei Stellen sollen aus dem Stellenplan gestrichen werden.

Herr Behrens wird einen Beschlussvorschlag mit den heutigen Ergebnissen erarbeiten.

Herr Hennig geht davon aus, dass die 0,875 bei der Stelle SB Medien-/Öffentlichkeitsarbeit bedeuten, dass die Stelle sowieso nicht für das gesamte Jahr enthalten ist?

Nein, das bedeutet, es handelt sich um eine Teilzeitstelle mit 35 Wochenstunden, so Herr Behrens. Lt. Stellenplan soll sie ab 01.08.2021 entfristet werden, weiterhin mit 35 Wochenstunden.

Herr Hennig ist der Meinung, dass wir als Ostseebad Binz eine Stelle Medien-/Öffentlichkeitsarbeit gebrauchen können.

Abstimmung zum Stellenplan 2021 lfd. Nr. 3 SB Medien-/Öffentlichkeitsarbeit, Ende der Stelle am 31.07.2021, keine Entfristung, Streichung der Stelle aus dem Stellenplan ab 01.08.2021

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 0

Herr Hennig fragt, wie arm das denn sei. Es geht offensichtlich um die Person, nicht um die Stelle, weil zu befürchten steht, dass es keinen anderen außer ihn gibt, und Herr Michalski ein Problem mit dem Mitarbeiter hat.

Herr Suhrbier betont noch einmal, dass es dem Finanzausschuss um die Stellen im Hinblick auf die Kosten geht, nicht um die Personen. Wichtig ist die Stellenüberprüfung mit der Bewertung zusammen. Dann kann man hinterher sagen, ob z. B. eine Stelle Medien-/Öffentlichkeitsarbeit notwendig ist.

Abstimmung: Lfd. Nr. 15 und lfd. Nr. 37 (SB Personalwesen, SB Grünplanung) werden aus dem Stellenplan 2021 gestrichen.

Abstimmung:
Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 0

Alternativvorschlag von Herrn Hennig, aus den Stellen SB Grünplanung und SB Personalwesen im Stellenplan 2021 eine Stelle zu machen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 0

Herr Deutschmann ist der Meinung, dass die Empfehlungen zu den Stellen bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 22.09.2020 gegeben wurden.
Die Organisationsanalyse ist seit längerem geplant, bisher gab es leider noch kein Angebot/keine Zuarbeit aus der Verwaltung.

Herr Suhrbier bittet darum, dass die Kosten für die Organisationsanalyse unter 56252 ausgewiesen werden, damit sie eindeutiger zu erkennen sind.

Herr Hennig:
Personalaufwendungen 2019, S. 1: 2,463 Mio. Euro, Ansatz 2020: 2,9 Mio. Euro. Die 2 ½ gestrichenen Stellen machen bestimmt nicht diese Differenz aus?

Herr Behrens erklärt, dass es sich um die normale Tarifsteigerung handelt sowie um die zusätzlichen Stellen der 5 Reinigungskräfte und den SB Medien-/Öffentlichkeitsarbeit. Darüber wurde im vergangenen Finanzausschuss bereits gesprochen. Die 2,9 Mio. Euro bleiben in der Höhe nicht bestehen, siehe Nachtrag: 2,802 Mio. Euro.

Herr Hennig: S. 3, Zuwendungen für Gemeindevertretungs-/Ausschussmitglieder: Erhöhung von 20.000 Euro auf 35.000 Euro?

Die Sitzungsgelder wurden erhöht, so Herr Behrens.

Herr Hennig: S. 3, Ausgaben Strom: von 47.857 auf 243.000 Euro!

Herr Behrens wird das prüfen.

Herr Hennig: S. 4 Straßen (Winterdienst, Straßenreinigung) von 45.000 Euro auf 115.000 Euro?

Dies liegt an der veränderten Kontenzuordnung, so Herr Behrens. Aus Vereinfachungsgründen wurden einige Kontenpositionen zusammengefasst.

Herr Hennig: B-Pläne von 28.000 Euro auf 92.000 Euro?

Die Aufträge laufen noch, deshalb müssen wir das Geld vorhalten, so Herr Behrens.


Suhrbier
stellv. Ausschussvorsitzender


Lußky
Protokollantin